

N

NACHRICHTEN

Kommentar

Ein Prosit auf das fög

Andrea Masüger
über die Medienforscher



Seit zehn Jahren erforschen ein paar unerschrockene Akademiker der Uni Zürich das Schweizer Medienwesen und sorgen regelmässig für Aufruhr in der Branche. Der legendäre Kurt Imhof gründete damals das Forschungsinstitut für Öffentlichkeit und Gesellschaft, kurz fög, das dann in jährlichen Abständen Verlegern und Redaktionen den Spiegel vorhielt. Dies führte immer zu Zoff, denn Imhof und seine Genossen monierten eine zunehmende Verflachung der journalistischen Qualität, was sich die Branche nicht bieten lassen wollte.

Nach Imhofs Tod übernahm Professor Mark Eisenegger die Führung des fög und der Ton wurde moderater. Mittlerweile berichten die Medien in jedem Oktober getreulich über das neueste Jahrbuch, das die Entwicklung des Schweizer Medienwesens analysiert und kommentiert. Ja, die Journalisten merken nicht einmal mehr, wenn Eiseneggers Institut brisante Ideen in die Welt setzt: Im letzten Jahresbericht machte das fög den weitgehend unbemerkten gebliebenen Vorschlag, die Tech-Giganten Google, Facebook und WhatsApp in der Schweiz mit einer Steuer zu belegen, die in einen Fonds zur Förderung des Informationsjournalismus fliessen sollte. Eine ähnliche Vorlage, welche die Gelder allerdings an die Verlage leiten will, wurde kürzlich vom Parlament auf die lange Bank geschoben.

Fast 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind chronisch unterinformiert.

Im neuesten Jahrbuch zum 10-Jahr-Jubiläum des fög folgt nun ein noch brisanteres Postulat: Die Schweiz brauche einen neuen Medienpatriotismus, schreiben die Forscher. Das tönt fast ein bisschen nach SVP, doch was damit gemeint ist, wird dieser ganz und gar nicht passen: Zur Stärkung des für die Schweizer Demokratie unerlässlichen Informationsjournalismus müsse eine direkte Medienförderung eingeführt werden, wie sie in skandinavischen Ländern bereits üblich ist. Der Endpunkt dieser Entwicklung wäre die Vision einer «digitalen Allmend» in der Schweiz, wo sich auf der Basis einer gemeinsamen, vom Staat finanzierten Infrastruktur viele kleine Internetmedien entfalten könnten.

Tatsächlich hat auch das Parlament erkannt, dass das Überhandnehmen der ausländischen Medienplattformen Gegenmassnahmen braucht. Die zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat haben einer Initiative des Bündner Ständerats Stefan Engler zugestimmt, um die indirekte Presseförderung zu erhöhen, und Medienministerin Sommaruga möchte Onlinemedien fördern.

Auch wenn die etablierten Medien oft über das fög murren (und seine Vorschläge kaum zur Kenntnis nehmen), treibt dieses doch die gemeinsame Sorge um die Zukunft des demokratierelevanten Journalismus an. Mittlerweile sind fast 40 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer chronisch unterinformiert, weil sie nur noch Informationsschnipsel auf Sozialen Medien konsumieren (bei den Jugendlichen sind es schon fast 60 Prozent). Es ist gut, wenn das fög immer wieder darauf hinweist. In diesem Sinne: Happy Birthday!



Die Situation in Barcelona droht zu eskalieren: In vielen Strassen lodern diese Tage Feuer.

Bild Keystone

Katalonien bleibt gespalten

In Barcelona arten Proteste gegen das Madrider Separatistenurteil vom Montag aus.

von Ralph Schulze

Katalonien brennt», titelte die spanische Tageszeitung «El Mundo» gestern nach den schweren Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und Polizisten. Bis zum Morgen dauerten die Strassenschlachten, welche in der katalanischen Regionalhauptstadt Barcelona für Chaos sorgten. In vielen Strassen brannten Barrikaden.

Begonnen hatte der Tag mit friedlichen Demonstrationen gegen die Verurteilung von neun Separatistenführern am Vortag. Spaniens Oberster Gerichtshof hatte diese wegen Landfriedensbruchs und der Organisation eines Aufstandes im Jahr 2017 zu neun bis 13 Jahren Haft verurteilt. In der Nacht auf gestern mündeten die Proteste in eskalierender Gewalt. Die vorläufige Bilanz der Unruhen, die sich auch auf andere

Städte der spanischen Region Katalonien ausbreiteten: mehr als 100 Verletzte unter Demonstranten und Polizisten. Mindestens 50 mutmassliche Gewalttäter wurden festgenommen.

«Minderheit will Gewalt säen» Spaniens sozialistischer Regierungschef Pedro Sánchez reagierte noch in der Nacht mit einem Communiqué, in dem er die Vorfälle scharf verurteilte: «Eine Minderheit will Gewalt in den Strassen Kataloniens säen», erklärte er. Dies werde man nicht zulassen. Sánchez machte militante Unabhängigkeitsbefürworter für die Krawalle verantwortlich, die das Bild der überwiegend friedlichen Proteste trüben. Er warf diesen radikalen Gruppen vor, gezielt die Spannungen im politisch und gesellschaftlich gespaltenen Katalonien anzueizen.

Die Regierung in Madrid beschuldigte zudem den separatisti-

schen Ministerpräsidenten Kataloniens, Quim Torra, die Unabhängigkeitsbewegung zu einem neuen Aufstand anzustacheln. In der Tat hatte Torra in den vergangenen Tagen mehrfach zum «zivilen Ungehorsam» gegenüber dem spanischen Staat und dessen Repräsentanten aufgefordert. Ein gefährlicher Weg, wie das Urteil vom Montag zeigt.

Torra nennt das Urteil einen «Akt der Rache und nicht der Ge-

Kataloniens Ministerpräsident Quim Torra hatte mehrfach zum «zivilen Ungehorsam» aufgerufen.

rechtigkeit». Das Unabhängigkeitslager applaudiert solchen Sätzen. Doch die Separatisten repräsentieren nur knapp die Hälfte der katalanischen Bevölkerung. Diese Spaltung spiegelt sich auch in einer Onlineumfrage der grössten katalanischen Tageszeitung «La Vanguardia». Auf die Frage «Ist das Urteil gerecht?» antwortete etwa die Hälfte mit Ja und die andere Hälfte mit Nein.

Hafterleichterungen möglich

Inzwischen wurden Einzelheiten des Richterspruchs bekannt, die vielleicht zur Entspannung beitragen können: Die Richter öffneten die Tür für baldige Hafterleichterungen für die Verurteilten. Demzufolge könnten die neun Häftlinge, die seit zwei Jahren in U-Haft sitzen, spätestens Anfang 2021 in den offenen Strafvollzug wechseln. Damit dürfen sie tagsüber und am Wochenende die Haftanstalt verlassen.

Die ewigen Verhandlungen

Die EU und Grossbritannien suchen unter riesigem Druck einen Brexit-Deal.

Im Endspurt bei den Brexit-Verhandlungen vor dem EU-Gipfel ist die Ziellinie noch nicht in Sicht. Zumindest liess eine entsprechende Meldung bis zum gestrigen Redaktionsschluss dieser Zeitung auf sich warten.

Der Verhandlungsführer der EU, Michel Barnier, sah laut EU-Kommission «noch eine Reihe bedeutender Probleme zu lösen». Nach stundenlangem Ringen in der Nacht nahmen die Verhandlungsteams gestern ihre Gespräche in Brüssel wieder auf. Beide Seiten hatten Diplomaten zufolge am Dienstag begonnen, eine mögliche Einigung in einen Rechtstext zu übertragen. Die Gespräche mit Grossbritannien seien «konstruktiv», sagte denn auch EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos gestern Mittag. «Aber es gibt

noch eine Reihe bedeutender Probleme zu lösen». Zuvor hatte EU-Verhandlungsführer Barnier die EU-Kommission über den Stand in den Brexit-Gesprächen informiert. Fast gleichlautend äusserte sich ein britischer Regierungssprecher. «Es ist klar, dass es noch Probleme zu lösen gibt», sagte er. «Es gibt Fortschritte, aber es gibt noch Arbeit zu tun.»

Enormer Zeitdruck

Der Zeitdruck ist enorm: Eigentlich hätte schon gestern Nachmittag ein Vertragsentwurf stehen sollen, damit er beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs gebilligt werden kann.

Der britische Premierminister Boris Johnson will eine Vereinbarung bei dem heute beginnenden Gipfel, um den Brexit wie geplant

am 31. Oktober zu vollziehen. Ohne Einigung müsste der Premier nach einem britischen Gesetz ab Samstag eine Fristverlängerung bei der EU beantragen – was er keinesfalls will. Vorige Woche hatte Johnson Zugeständnisse in der umstrittenen Irland-Frage gemacht. Doch der EU reichte dies noch nicht. Am Dienstag wurde offenbar nachgelegt.

Danach machte sich vorsichtiger Optimismus breit. Der EU-Unterhändler Michel Barnier und der britische Brexit-Minister Stephen Barclay sagten übereinstimmend, eine rasche Einigung sei möglich. Der Linken-Europaabgeordnete Martin Schirdewan, der mit anderen Parlamentariern von Barnier informiert wurde, kam zu dem Schluss: «Ein Abkommen scheint mittlerweile in greifbarer

Nähe.» Irlands Regierungschef Leo Varadkar sagte, die Dinge bewegten sich «in die richtige Richtung».

Komplizierte Details

Im Detail waren die Verhandlungen aber nach Angaben aus deutschen Regierungskreisen äusserst kompliziert. Streitpunkt war nach wie vor die Frage, wie die Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland offen gehalten werden kann.

Im Falle einer Einigung mit der EU müsste Johnson erst noch die nötige Unterstützung im britischen Parlament finden, denn seine Konservative Partei hat dort keine Mehrheit. Am Samstag könnte es dann zum grossen Showdown im Parlament kommen, bei dem Johnson seinen Brexit-Deal vorlegt. (sda)